

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses



Sitzungs-Nr.: **HFA/029/14-20**
Sitzungs-Tag: **29.01.2019**
Sitzungs-Ort: **Brakel, Am Markt 4a, Sitzungssaal
"Alte Waage"**

Beginn der Sitzung: **18:00 Uhr**
Ende der Sitzung: **20:35 Uhr**

Vorsitzender:

Temme, Hermann

CDU:

Disse, Ulrich
Gadzinski, Tobias
Grewe, Ursula
Groppe, Thomas
Hanisch, Ewald
Oeynhausen, Uwe
Simon, Dirk

SPD:

Hahn, Rüdiger
Kruse, Johannes
Multhaupt, Dirk

UWG/CWG:

Gerson, Andreas
Tobisch, Johannes

Bürger Interessen Brakel:

Heilemann, Stefan

Bündnis90/DIE GRÜNEN:

Hogrebe-Oehlschläger, Ulrike

Als Gäste nehmen teil:

Beyermann, Nadine
Hermes, Sigrid
Komm, Maria
Lücke, Anja

Vertretung für Ratsherrn Schulte

Leiterin OGS
Leiterin Brüder Grimm-Schule
Leiterin Gemeinschaftsgrundschule
Pflegeberatung Kreis Höxter

Beratende Mitglieder in Schulangelegenheiten:

Konegen, Monika

Von der Behördenleitung nehmen teil:

Frischemeier, Peter

bis 19:00 Uhr

Von der Verwaltung nehmen teil:

Groppe, Johannes

Heger, Josef

Loermann, Norbert

Schlenhardt, Dominik

Werneke, Regina

Schriftführerin

Tagesordnung		Drucksache Nr.
Öffentliche Sitzung		
1. Pflegebericht 2017 des Kreises Höxter		826/2014 -2020
Berichterstatter: Anja Lücke, Kreis Höxter		
2. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch der "Offenen Ganztagschule" im Primarbereich in Brakel		824/2014 -2020
Berichterstatter: StVR Loermann		
3. Beratung über den Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2019		841/2014 -2020
Berichterstatter: StAR Schlenhardt		
4. Landesförderprogramm NRW "Heimat.Zukunft.Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet." Verleihung eines Heimat-Preises		822/2014 -2020
Berichterstatter: Bürgermeister		
5. Positionspapier zum Verbleib in der Förderkulisse der Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsförderung" (GRW) ab dem 01.01.2021		823/2014 -2020
Berichterstatter: Bürgermeister		
6. 8. Änderung des Rezesses in der Separationsinteressenssache von Erkeln		830/2014 -2020
Berichterstatter: StBR Groppe		
7. Bekanntgaben der Verwaltung		

Öffentliche Sitzung

1. Pflegebericht 2017 des Kreises Höxter

Berichterstatter: Anja Lücke, Kreis Höxter

826/2014
-2020

Bürgermeister **Temme** führt kurz in das Thema „Pflege“ ein, welches in der Gesellschaft mittlerweile vorrangig behandelt werde.

Er begrüßt seitens des Kreises Höxter Frau Anja **Lücke**, die dort im Bereich der Pflegeberatung zuständig ist. Sie präsentiert den aktuellen Pflegebericht 2017 mit Zahlen zum Stichtag 31.12.2017 und geht zunächst auf den demografischen Wandel ein. So lag der Anteil an der Bevölkerung der über 65-jährigen Ende 2016 bei 22,0%. Prognostiziert werde, dass die Zahl der über 65-jährigen voraussichtlich von 30.162 Personen in 2014 auf 42.789 Personen in 2040 wachsen würde, ein Wachstum von 41,9% innerhalb 26 Jahren. Insgesamt seien im Kreis Höxter zum Stand 2015 6.175 Pflegebedürftige, wovon 4.760 Personen zu Hause versorgt würden (davon 2.893 durch Angehörige).

Frau **Lücke** führt die Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste im Kreis auf und informiert über weitere Angebotsfelder wie z.B. den Hausnotrufdienst, Hilfen im Haushalt, ambulante Betreuungsdienste usw.

Die wichtigsten Ziele seien die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Städten, Trägern, Wohlfahrtsverbänden, Hochschulen und Anderen. Zudem findet bereits zum 3. Mal im Kreisberufskolleg in Brakel der „Tag der Pflegeberufe“ (21.09.2019) statt, um Jugendliche auf diesen Berufszweig aufmerksam zu machen.

Bürgermeister **Temme** dankt Frau **Lücke** für ihren Vortrag. Unterm Strich sei festzuhalten, dass der Kreis Höxter diesbezüglich gut aufgestellt sei. Es gebe auch immer wieder Anfragen zum Bau stationärer Pflegeeinrichtungen in Brakel, jedoch zeigen die Recherchen und Zahlen derzeit keinen kurzfristigen Handlungsbedarf, meint Bürgermeister **Temme**.

Ratsherr **Oeynhausen** geht auf Ablehnung einer Pflege durch die Pflegedienste ein und erkundigt sich, wie der Stand im Kreis Höxter sei. Hierzu erklärt Frau **Lücke**, dass es im Kreis Höxter in der Regel so sei, dass bei einer Ablehnung die Versorgung durch einen anderen Pflegedienst sichergestellt werden könne.

Ratsherr **Oeynhausen** möchte wissen, was man im Kreis bzgl. Mitarbeiterfindung im Beruf der Pflege unternehme. Frau **Lücke** informiert, dass in Zukunft ca. 10.000 Pflegekräfte fehlen würden und dieser Bedarf unmöglich aufgefangen werden könne. Durch die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft „Pflegenachwuchs“ werde u. a. mit Besuchen in Schulen versucht, Interesse für den Pflegeberuf zu wecken.

Auf die Nachfrage des Ratsherrn **Multhaupt** bzgl. „privater Haushaltshilfen“ erklärt Frau Lücke, dass diese in der Statistik nicht mit aufgeführt seien.

Frau **Lücke** geht auf die Frage des Herrn **Kruse** dahingehend ein, dass im Bereich der Tagespflege Plätze aufgestockt würden. So erhalte Bad Driburg z.B. zwei neue Tagespflegestätten mit ca. 25 Plätzen.

Der Vortrag ist als **Anlage 1** der Niederschrift beigelegt.

2. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch der "Offenen Ganztagschule" im Primarbereich in Brakel

824/2014
-2020

Berichterstatter: StVR Loermann

Bürgermeister **Temme** erteilt das Wort an StVR **Loermann**, der zum umfangreichen Sachverhalt vorträgt. Zusammenfassend sei festzuhalten, dass aufgrund gewandelter sozialer Gesellschaftsstrukturen und der wiederholten Anpassung der Beitragstabelle eine generelle Neufassung der Satzung erforderlich sei. Diese sei in einem Arbeitskreis ausgearbeitet worden.

StVR **Loermann** informiert über die zwei Betreuungsformen

I Ganztag bis 16 Uhr,

II Übermittag bis Schulschluss

mit jeweils unterschiedlichen Elternbeiträgen, wobei bei der Übermittag-Betreuung der Elternbeitrag lediglich von 18,00 € auf 26,00 € für alle angehoben worden sei. Seitens der Stadt sei als soziale Komponente vorgeschlagen worden, dass Personen, die Leistungen nach SGB II, XII und Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, aus der Beitragspflicht herausgenommen werden.

Ratsherr **Hanisch** erwidert zum Vorschlag der o. a. Beitragsbefreiung, dass eine gute OGS mit qualifiziertem Personal im Sinne aller sei und hier finanziell keine Abstriche gemacht werden sollten. Aus diesem Grund werde die CDU-Fraktion dieser Änderung nicht zustimmen.

Ratsherr **Multhaupt** geht diesbezüglich auf Punkt 4 des Antrages der SPD-Fraktion zum Haushalt 2019 ein. Dieser befasse sich ebenfalls mit den Elternbeiträgen. Um kinderreiche Familien zu entlasten, beantrage die SPD-Fraktion eine generelle Beitragsfreiheit bei der Konstellation, falls Eltern sowohl ein Kind in der Kita und ein Geschwisterkind in der OGS angemeldet haben. In diesem Fall solle der höchstzuzahlende Beitrag angerechnet werden.

Ratsherr **Heilemann** (BIB) sieht sich mit dem Satzungsentwurf und der Beitragsberechnung, wie durch den Arbeitskreis ausgearbeitet einverstanden.

Ratsherr **Tobisch** stimmt für die UWG/CWG dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu.

Auf Nachfrage erklärt StVR **Loermann**, dass von der durch die SPD gewünschten Beitragsfreiheit 26 Eltern betroffen wären, dies würde die Elternbeiträge in der OGS um weitere 6.000 € verringern.

Auf den Hinweis des StVR **Loermann**, dass aufgrund der jährlich wechselnden Einkommensstruktur jedoch eine genaue Zahl nicht ermittelbar sei, erklärt Ratsherr **Multhaupt**, den Prüfungsauftrag an die Verwaltung diesbezüglich zurückzuziehen.

Bürgermeister **Temme** erklärt, dass es wünschenswert sei, mehr Geld in die Qualität zu investieren und hinterfragt den Antrag der SPD dahingehend, da man dadurch auch gut situierte Eltern beitragsfrei halten würde.

Nach abgeschlossener Diskussion formuliert Bürgermeister **Temme** den **Antrag der CDU-Fraktion** wie folgt und lässt darüber abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt **einstimmig**, die Beitragspflicht für den Personenkreis die Leistungen nach dem SGB II, XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, aufrecht zu erhalten.

Bürgermeister **Temme** formuliert den **Antrag der SPD-Fraktion** wie folgt und lässt darüber abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss **lehnt** den Antrag der SPD-Fraktion mit 11 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung und 3 Ja-Stimmen **ab**, die Änderung des § 6 (4) der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch der „offenen Ganztagschule“ im Primarbereich der Stadt Brakel dahingehend zu ändern, dass, sollten mehrere Kinder einer Familie oder von Personen, die nach § 3 an die Stelle der Eltern treten, gleichzeitig auf dem Gebiet der Stadt Brakel ein Angebot im Sinne dieser Beitragssatzung oder – ein Angebot im Sinne der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege wahrnehmen, bei gleicher Höhe der Elternbeiträge nur ein Beitrag erhoben wird.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Brakel **einstimmig**, den der Vorlage beigefügten Entwurf der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch der „Offenen Ganztagschule“ im Primarbereich in Brakel mit folgender Änderung zu beschließen:

Die unter § 3 (6) aufgeführte Beitragsfreiheit für Personen, die Leistungen nach SGB II, XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, wird ersatzlos gestrichen.

3. Beratung über den Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2019
--

841/2014
-2020

Berichterstatter: StAR Schlenhardt

Bürgermeister **Temme** bittet die Fraktionen um Benennung ihrer Anträge zum Haushalt 2019

CDU-Fraktion

Bezüglich der Anträge zum Haushalt 2019 beginnt Ratsherr **Hanisch** mit

Punkt 3.

des Antrages bzgl. einer Übersicht über die geplanten Investitionen im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Da der Antrag bereits Tagesordnungspunkt der kommenden Ratssitzung sei, habe sich dieser insoweit erledigt.

Punkt 2.

ist der Antrag eines Sperrvermerks bzgl. der LKW-Hebebühne im Feuerwehrgerätehaus.

Punkt 1.

Befasse sich mit der Ausweisung einer Stelle im Stellenplan, Teil B – Tariflich Beschäftigte - zur Einstellung eines eigenen städtischen Försters.

Ratsherr **Multhaupt** erklärt für die SPD-Fraktion, diese Anträge mitzutragen.

Ratsherr **Tobisch** weist bzgl. des Sperrvermerks zur LKW-Hebebühne darauf hin, dass zu Beginn der Bauphase das Thema „Grube“ evtl. noch einmal beraten werden soll.

SPD-Fraktion

Ratsherr **Multhaupt** erläutert die Anträge der SPD-Fraktion wie folgt:

Punkt 4

Sei der Prüfungsauftrag zur Auswirkung der Einnahmesituation bei Änderung der Elternbeiträge (siehe TOP 2). Dieser Punkt habe sich aufgrund der vorhergehenden Abstimmung erledigt.

Zu Punkt 1

erklärt Ratsherr **Multhaupt**, die bereits im Dezember 2018 durchgeführte Anhebung der fiktiven Hebesätze rückgängig bzw. für 1 Jahr aussetzen zu wollen.

Zu Punkt 2

führt Ratsherr **Multhaupt** aus, die Beantragung eines Familienpasses dahingehend zu ändern, dass dieser bereits für Familien mit 2 Kindern (anstelle von 3 Kindern) ausgestellt werde.

Punkt 3

ist der jährliche Antrag der SPD-Fraktion zur Unterstützung der AWO in Brakel mit einer freiwilligen zweckgebundenen Aufwendung in Höhe von 500,00 €.

Ratsfrau **Hogrebe-Oehlschläger** (Bündnis 90/Die Grünen) sieht sich mit der Rücknahme der Steuererhöhung nicht einverstanden. U. a. weil die Bescheide bereits an die Haushalte versandt worden seien.

Dem Antrag der Rücksetzung der Steuererhöhung widerspricht Ratsherr **Hannisch** ebenfalls. Dieser Erhöhung wurde im Rahmen der Haushaltssatzung bereits zugestimmt.

Ebenso sehe er keine Notwendigkeit der Änderung des Familienpasses auf Familien mit 2 Kindern.

Dem Zuschuss zur AWO werde die Fraktion mittragen.

Ratsherr **Tobisch** sieht die Erweiterung des Familienpasses als Entgegenkommen für Familien an, die UWG/CWG-Fraktion würde dem Antrag zustimmen.

Keine Zustimmung findet der Antrag auf Reduzierung der Steuersätze auf das Niveau vor der Erhöhung, teilt Ratscherr **Tobisch** mit.

Auf die Anmerkung des Ratscherrn **Heilemann**, dass die Steuererhöhung bereits im Haushalt eingeplant sei und dies einen finanziellen Spielraum ergebe, entgegnet Bürgermeister **Temme**, dass die GPA bereits die sinkende Eigenkapitalausstattung der Werke aufgeführt habe. So kämen auf die Ausgleichsrücklage in Zukunft höhere Belastungen zu.

UWG/CWG-Fraktion

Zu den Anträgen der Fraktion berichtet Ratscherr **Tobisch** zu

Punkt 1 und Punkt 3,
dass diese bereits im Antrag der CDU behandelt wurden.

Punkt 2

befasse sich mit der Reduzierung der Mittel für die Instandsetzung der Bänke am Kaiserbrunnen. Für die Jahre 2019 und 2020 seien jeweils 25.000 € eingestellt. Er schlägt vor, den Betrag auf insgesamt 30.000 € zu reduzieren.

Punkt 4

befasse sich mit der Anschaffung eines Kommandowagens für die Feuerwehr und der Verschiebung in das Jahr 2020.

Den hierzu getätigten Hinweis des Ratscherrn **Heilemann**, dass der Kommandowagen sich nicht auf den Ergebnisplan auswirke, bestätigt StAR **Schlenhardt**. Er halte jedoch einen Sperrvermerk für sinnvoller. Mit diesem Vorschlag sieht sich Ratscherr **Tobisch** einverstanden.

Hinsichtlich der Kosten für die Bänke am Kaiserbrunnen informiert StAR **Schlenhardt**, dass für 35 Bänke 25.000 € veranschlagt wurden.

Ratscherr **Simon** verweist hier auf die Eigeninitiative der Vereine auf den Dörfern, die z.B. Bänke in Eigenleistung aufstellen. Ratscherr **Tobisch** erklärt, diesbezüglich an den Schützenverein herantreten zu wollen. Zur beantragten Reduzierung der Summe weist StAR **Schlenhardt** darauf hin, dass, sollten die Mittel aus dem Haushalt gestrichen werden, diese auch nicht mehr zur Verfügung stünden. Ein Sperrvermerk wäre hier angebrachter. Diesem kann der Antragsteller **Tobisch** zustimmen.

Abschließend hält Bürgermeister **Temme** fest, dass die getätigten Anträge keine Änderungen am Haushaltsvolumen ergeben.

Beschluss:

Die seitens der Fraktionen eingebrachten Anträge zum Haushalt 2019 werden wie folgt angenommen/abgelehnt:

Fraktion	Antrag	Abstimmung
CDU	1. Ausweisung einer Stelle im Stellenplan... zur Einstellung eines eigenen städtischen Försters 2. Den Teilbetrag von 18.000 € zur Anschaffung einer LKW-Hebebühne mit einem Sperrvermerk zu versehen 3. Übersicht der Investitionen im Bereich Wasserversorgung/Abwasserbeseitigung	mehrheitlich angenommen 1 Nein-Stimme einstimmig 1 Enthaltung erledigt TOP im Rat 5.2.19
SPD	1. Die Rücksetzung der Steuersätze auf das vorherige Niveau 2. Änderung des Familienpasses für Familien mit 2 Kindern 3. Zahlung einer freiwilligen Aufwendung in Höhe von 500,00 € an die AWO 4. Prüfungsauftrag zur Auswirkung der Einnahmesituation hinsichtlich der Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch der offenen Ganztagschule im Primarbereich	mehrheitlich abgelehnt 4 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt 8 Nein-Stimmen einstimmig bereits unter TOP 2 der Sitzung abgestimmt
UWG/ CWG	1. Einstellung eines eigenen städt. Försters 2. Sperrvermerk für die Mittel der Bänke im Bereich des Kaiserbrunnens 3. Sperrvermerk für die Mobile Hebebühne am Feuerwehrgerätehaus 4. Sperrvermerk für die Anschaffung eines Kommandowagens für die Feuerwehr	bereits abgestimmt s.o. einstimmig bereits abgestimmt s.o. einstimmig

4. Landesförderprogramm NRW "Heimat.Zukunft.Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet." Verleihung eines Heimat-Preises

822/2014
-2020

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Temme** informiert über das Landesförderprogramm NRW hinsichtlich der Vergabe eines sog. Heimatpreises. Der heutige Beschluss sei Voraussetzung zur Vergabe des Heimatpreises, weitere Details werden in der Folgesitzung bekannt gegeben.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Brakel **einstimmig**, die Vergabe eines Heimat-Preises im Jahr 2019 unter der Voraussetzung, dass das Preisgeld als Fördersumme durch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW zur Verfügung gestellt wird, zu beschließen.

Die Preisvergabe erfolgt auf der Grundlage der o. g. Ziele, Vergabekriterien und -kategorien sowie des Verwendungszweckes des Preisgeldes.

5. Positionspapier zum Verbleib in der Förderkulisse der Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsförderung" (GRW) ab dem 01.01.2021

823/2014
-2020

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Temme** berichtet aus der Sitzung des Aufsichtsrates der GfW im Kreis Höxter, in der das Positionspapier seitens des Geschäftsführers, Michael Stolte vorgestellt wurde und der Kreistag daraufhin einen Beschluss gefasst habe. Als Aufsichtsratsmitglied habe er vorgeschlagen, dass alle 10 Städte sich für den Verbleib in der Förderkulisse stark machen und ebenfalls diesen Beschluss fassen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt **einstimmig** dem Rat der Stadt Brakel wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Brakel fordert vom Bund und Land Nordrhein-Westfalen den Verbleib in der GRW-Förderkulisse ab dem 01.01.2021 und unterstützt das verfasste Gemeinsame Positionspapier des Kreises Höxter sowie der zehn Städte zum Verbleib in der noch landesweit festzulegenden Förderkulisse.

6. 8. Änderung des Rezesses in der Separationsinteressensache von Erkeln

830/2014
-2020

Berichterstatter: StBR Groppe

Bürgermeister **Temme** erteilt das Wort an StBR **Groppe**, der über den Sachverhalt dahingehend berichtet, dass ein Teilstück vom Kapellenweg in ein städt. Straßenstück umgewandelt werden soll.

Die vorgebrachten Bedenken einiger Erkelner Bürger seien für das Verfahren nicht relevant, weist StBR **Groppe** darauf hin. Jedoch sei ein Anwaltsbüro mit der Prüfung der Veranlagung beauftragt worden.

Ratsherr **Tobisch** beantragt diesbezüglich, den Punkt zurückzustellen, bis dieser juristisch geprüft sei.

Ratsherr **Multhaupt** und Ratsfrau **Hogrebe-Oehlschläger** schließen sich diesem Antrag an.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt **einstimmig** auf Antrag der UWG/CWG die Aussetzung des Verfahrens, bis die Angelegenheit juristisch geprüft wurde.

7. Bekanntgaben der Verwaltung

a) Belegungszahlen Stadthalle

StVR **Loermann** berichtet über die Belegungszahlen im Zeitraum der vergangenen 10 Jahre. Diese seien durchaus konstant geblieben, bei einer Gesamtbelegungszahl in 2008 mit 295 Veranstaltungen und in 2018 mit 318 Veranstaltungen. Die genaue Aufstellung ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

b) Kinderzahlen der städt. Kitas

Die Aufstellung der einzelnen Anmeldungen an den städt. Kindertagesstätten ist als **Anlage 3** beigelegt.

c) Einnahmen/Ausgaben Asylbewerber 2018

StVR **Loermann** berichtet über die aktuellen Zahlen. So stehen den Einnahmen von 952.119,84 € Ausgaben in Höhe von 1.126.976,54 € gegenüber, welches ein Defizit von ca. 175.000 € ergebe. Die Aufstellung ist der Niederschrift als **Anlage 4** beigelegt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Temme die Sitzung.

gezeichnete Unterschriften:

Hermann Temme
(Bürgermeister)

Regina Werneke
(Schriftführerin)